

Erhält alle 14 Tage.
Wochenspende
1,50 Mk.
Zu beziehen im Verlag
„Die Eiche“, Berlin
N.O. 55, Greifswalder
Straße 222.

Die Eiche

Anzeigen für die sechs-
gestaltene Beilage
20 Pfg.
Arbeitsmarkt 15 Pfg.
Ortsvereinsanzeigen
10 Pfg.

Organ des Gewerkschafts der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 35/36

Berlin, den 7. September 1928

39. Jahrg.

Verantwortlicher
Alexander 4719

Alle Zuschriften für „Die Eiche“ an P. Volkmann, Greifswalder Straße 222. Alle für das Hauptbüro des Gewerkschafts bestimmten Postfächer sind zu adressieren: Gewerkschaft der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 222. Sämtl. Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin, N.O. 55, Greifswalderstr. 222, Postcheck. 38821 beim Postcheckamt Berlin N.O. 7.

Verantwortlicher
Alexander 4719

Im Wandel der Zeiten.

Nur noch wenige Tage trennen uns von dem Zeitpunkt, an dem die deutschen Gewerkschaften auf ihr 60-jähriges Bestehen zurückblicken können. Die jüngere Generation weiß aus eigener Erfahrung nichts von diesen Erlebnissen, sie hat die schweren Kämpfe nicht mitgemacht, sie ist auf die hierüber reichhaltige Literatur angewiesen. Es ist äußerst wertvoll, gerade in diesen Tagen in den alten vergilbten Büchern herumzustöbern und sich im Geiste mit den Gründern, den alten Kämpfern der Bewegung zu beschäftigen. Der verstorbene Kollege Goldschmidt hat in seiner 1907 verfassten Broschüre „Die Deutschen Gewerkschaften“ und ein wertvolles Material hinterlassen. Dasselbe gilt von dem Buch des verstorbenen Koll. Gleichauf. Betrachtet man den Wandel der Zeiten, so hat sich vieles geändert, der Grundgedanke jedoch, auf den die Deutschen Gewerkschaften gegründet wurden, muß bis auf den heutigen Tag als für die deutsche Arbeiterbewegung maßgebend angesehen werden. Der Kollege Goldschmidt verzeichnet zunächst in seinem Werke die Vorläufer der Deutschen Gewerkschaften, indem er hervorhebt:

Die Deutschen Gewerkschaften, wie die deutsche Arbeiterbewegung überhaupt, haben ihren Ursprung in den um die vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts von hochgesinnten Männern gegründeten Arbeiterbildungsvereinen. Seine aufrichtigen Freunde erkannten die tiefe materielle und geistige Not, in welcher die Arbeiter und Handwerker ein Leben ohne Inhalt und Kraft führten. Durch Teilnahme an den Fortschritten der Bildung sollte diesem öden Leben ein Inhalt gegeben und damit die wirtschaftlichen Kräfte des Volkes zur Entfaltung gebracht werden. Das bessere Wissen sollte zur Waffe werden für den Kampf um die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Der Kampf war aufzufassen als ein mühevoller Emporkommen aus der Tiefe geistiger und wirtschaftlicher Armut zu Bildung und Wohlstand.

Ein Kampf zwischen Unternehmern und Arbeitern, wie wir ihn heute kennen, konnte es in jener Zeit nicht geben, weil hierfür die Vorbedingungen in der wirtschaftlichen Konstruktion noch fehlten. Die selbständigen Gewerbetreibenden litten vielfach nicht minder Not als die Gesellen und Arbeiter. Die Arbeiter wie die Handwerker trugen daneben schwer an den politischen Zuständen des Staates. Als der Druck zu groß geworden und die wirtschaftliche Not aufs höchste gestiegen war, da erhob sich 1848 das ganze Volk gegen diese Misse und erreichte, daß dem Zustande der absoluten Rechtslosigkeit ein Ende gemacht und die Bürger der deutschen Staaten durch Gewährung der Verfassung in bescheidenem Maße zur Mitwirkung an der Gesetzgebung berufen wurde.

Dem Bürgerfrühling aber folgte bald ein harter Winter der Reaktion, der die Arbeiterbildungs- und Handwerkervereine wieder zerstörte. Schulze-Delitzsch, der auch in den Bildungsvereinen gewirkt hatte, schuf nun — es war im Anfang der fünfziger Jahre — die Gewerks- und Wirtschaftsgenossenschaften, die sich in stets wachsender Zahl bald über ganz Deutschland verbreiteten und als Vorkauf-, Rohstoff- und Magazinvereine die kleinen Handwerker und kleinen Geschäftleute wirtschaftlich zu fördern bestrebt waren. Die Arbeiter machten den genossenschaftlichen Gedanken für sich nützlich durch den Eintritt in die von Schulze-Delitzsch gegründeten Konsumvereine.

Auch die Arbeiterbildungsvereine lebten später von neuem auf. Die einseitige Bewegung im Kampfe wider die sozialen und wirtschaftlichen Mißstände trat immer lebhafter hervor, denn die Not war in der breiten Volksmasse überaus groß.

In dieser Zeit bemühte sich Ferdinand Lassalle um die Gewinnung politischen Einflusses, der ihm aber in der Fortschrittspartei nicht gewährt wurde. Da gab Lassalle die Parole heraus: „Trennung der Arbeiter von der Fortschrittspartei“ und das Bismarcksche Regime unterführte die Parole, wo es nur möglich war; denn Bismarck wußte nur zu gut, was seinen Plänen nützlich sein konnte.

„Produktionsgenossenschaften mit Staatshilfe“ bezeichnete Lassalle als das „Rettungsmittel aus sozialer Not?“ Er staunt sein muß man über die Naivität, mit der Lassalle sein Hauptheilsmittel, Genossenschaften mit Staatshilfe empfahl. Mit 100 Millionen Talern wollte er „der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ein Ende bereiten.“ Die erste „Abschlagszahlung“ wurde durch Vermittlung des Fürsten Bismarck von König Wilhelm I zur Begründung einer Weberproduktiv-Genossenschaft in Reichenbach in Schlesien zur Verfügung gestellt. Das Experiment führte zum vollständigen Bankrott, das Geld war in kurzer Zeit umsonst verpulvert worden.

Uns interessiert weniger die Verpulverung des Geldes als das Zusammenarbeiten zwischen Bismarck und Lassalle. Es ist eine bekannte Tatsache, daß Bismarck und auch Wilhelm I. die damaligen Männer der Fortschrittspartei hassten. Wie weit dieser Haß ging, bringt Karl Lebs, in dem von ihm herausgegebenen, im Verlag G. m. b. H., Hamburg 1 erschienenen Werke:

„Das Anekdotenbuch deutscher Erzähler der Gegenwart“
durch folgende von Bruno Frank beigezeichnete niedliche Geschichte zum Ausdruck:

Für Kaiser Wilhelm den Ersten war der freisinnige Abgeordnete Eugen Richter ein Gegenstand leidenschaftlichen Hasses, eine Art politischer Pott-wei-wei-uns. Eines Tages legte ihm der Minister des Innern ein Dekret vor, durch das ein Dr. Richter irgendwo in Westpreußen zum Landrat befördert wurde. Entrüstet verzweigte der alte Herr die Unterzeichnung. „Oh Majestät“, sagte der Minister, „es handelt sich hier nicht um den Abgeordneten. Der Abgeordnete ist alt, dieser Dr. Richter ist jung, ein durch und durch konservativer Mann, königstreu, einwandfrei.“ Der Kaiser unterschrieb. „Aber recht ist es doch nicht“, sagte er nach einer Weile. Troßdem dieser Vorfall sich erst viele Jahre später zugetragen hat, ist er doch bezeichnend für die ganze Einstellung.

Bismarck war eine Gewaltnatur, ihm paßte die von Schulze-Delitzsch errichtete Genossenschaftsbewegung keineswegs, zumal dieser Führer mit zu den ersten der Fortschrittlichen Volkspartei gehörte. Die der Weberproduktiv-Genossenschaft durch Bismarck vermittelte Summe hatte lediglich den Zweck, die fortschrittlichen Absichten um Schulze-Delitzsch kalt zu stellen. Briefe, die zwischen Bismarck und Lassalle gewechselt worden sind, lassen erkennen, daß letzterer das Vertrauen der Arbeiter arg gemißbraucht hat. Nicht weniger als eine „Allianz zwischen Krone und Volk“ bietet er Bismarck an. Diesem Bismarck, der später es versuchte, die ganze Arbeiterbewegung zu vernichten. Lassalle schrieb am 8. Juni 1863 an Bismarck: daß der Arbeiterstand geneigt sein würde, in der Krone den natürlichen Träger der sozialen Diktatur, im Gegensatz zu dem Egoismus der bürgerlichen Gesellschaft zu sehen. Diese Worte passen schlecht zu der Parole des Klassenkampfes.

Lassalle fiel in einem Duell. Nach ihm übernahm der in der Geschichte der Arbeiterbewegung unruhlichst bekannte Herr von Schweitzer, der vielfach als der eigentliche Vater der freien Gewerkschaften bezeichnet wird, die Führung der von Lassalle bisher betreuten Gruppen. Auch hier befindet sich in den aufgefundenen Papieren eine Quittung über mehrere Tausend Mark, die Schweitzer von Bismarck feinerzeit erhalten hat. Nebel selbst bezeichnete von Schweitzer 1877 im Reichstage als einen Lumpen, der im Solde der Regierung stehe und fällt in seinem Buche „Aus meinem Leben“ über diesen Mann ein vernichtendes Urteil.

Man kann aus diesen Vorgängen die ganze Seelengröße des Gründers der Deutschen Gewerkschaften erfassen, daß dieser ehrliche Kämpfer der Deutschen Gewerkschaften sich k. r. l. mit diesem Spitzel herumschlagen mußte. Schweitzer war es auch, der am 26. September 1868 im „Bauphysikal“ zu Berlin, wo die Gründung einer einheitlichen Arbeiterbewegung vor sich gehen sollte. Dr. Max Hirsch mit seinem Anhang gewaltsam entfernen ließ, die von der Regierung gezahlten Zuschüsse mußten doch ihre Schuldigkeit tun.

Alle diese Verrätereien und Gewaltmaßnahmen haben nicht vermocht, den Mut von Dr. Max Hirsch zu brechen. Nach dem elenden Hinmord am 26. September 1868 sehen wir ihn bereits am 28. September 1868 im Universum in Berlin in einer „Allgemeinen Arbeiterversammlung“ in der die von Dr. Max Hirsch verfaßten „Grundzüge“ für die Konstituierung der Deutschen Gewerkschaften angenommen wurden und eine Kommission beauftragt, Musterstatuten auszuarbeiten. So schlug an diesem Tage die Gründungstunde der Deutschen Gewerkschaften.

Die eingesetzte Kommission hatte bereits ihre Arbeiten Ende Oktober 1868 beendet. Die so geschaffenen Musterstatuten wurden von allen Gewerkschaften angenommen und bilden noch bis auf den heutigen Tag die Grundlage aller Gewerkschaftstatuten.

Gleichzeitig trat man mit einem Aufruf hervor, aus dem wir die nachfolgenden Stellen zum Abdruck bringen:

Deutsche Arbeiter!

Wir Unterzeichnete, die Delegierten und Vertrauensmänner von nahezu vierzig Gewerkschaften, rufen euch in nachfolgendem auf zur Begründung eines großen nationalen Werkes, welches euch und euren Kindern zum dauernden Segen gereichen wird.

Schon seit Jahrzehnten ertönt ein Ruf immer lauter und gewaltiger durch das ganz zivilisierte Europa, der Ruf nach Organisation der Arbeit! Je mehr auf den Trümmern der abgelebten Zünfte und Monopole das große Prinzip der Freiheit der Arbeit durchgehört wird, desto deutlicher stellt es sich heraus, daß die Freiheit allein das wirtschaftliche Heil nicht zu bringen vermag. Die nackte Freiheit, Arbeiter, welche der konzentrierten Macht des Kapitals die Arbeitskraft nur in vereinzelten Individuen gegenüberstellt, sie führt vielmehr notwendig zu einem ungleichen Kampfe und zur Abhängigkeit und Erniedrigung der Schwächeren, der Arbeiter. Diese Freiheit wäre nur die Zügellosigkeit des sozialen Faustrechts.

Was folgt hieraus? Durchaus nicht, daß die Freiheit selbst beseitigt werde, weder durch die Rückkehr zu den verknöcherten Gestaltungen des Mittelalters, noch weniger aber durch die gemeinschaftliche Produktion unter der Garantie und Aufsicht des Staates, welche in Wirklichkeit nichts anders sein würde, als die allgemeine Sklaverei. Nein auch auf wirtschaftlichem Gebiete ist die Freiheit das höchste, unveräußerliche Gut. Aber aus ihrem Schoße muß eine schöpferische Ordnung erwachsen, welche die Gegensätze vermittelt, die Schwachen durch Vereinigung stärkt, die Interessen des Kapitals und der Arbeit, der Produktion und der Konjunktion harmonisch verbindet. Pauperismus und Millionärismus, Überproduktion und Geschäftstod, Börsenschwandel und Staatsbankrott, alle diese verderblichen Krankheiten der modernen Gesellschaft können nur geheilt werden durch Organisation der gefundenen Kräfte.

Die Berufszweige sind es, wonach die unzählbaren Arbeiterscharen sich naturgemäß und hauptsächlich gruppieren: aus den Berufslogen müssen daher die Vereinigungen hervorgehen, welche die Lebensfrage des Arbeiters, seinen Anteil an der Produktion und Verteilung der Arbeitserzeugnisse bestimmen sollen. Diese Organisation der Arbeiter und Berufsarten, zum Zwecke der Regelung und Besserung aller Arbeitsverhältnisse und der gesamten sozialen Lage — das sind die Gewerkschaften.

Gleichberechtigung, Vereinbarung, Schiedsgericht sind unser Wahlpruch, und erst im Notfalle, aber dann mit Wucht und Entschiedenheit, schreiten wir zum letzten Mittel, zur Arbeitseinstellung. Leset die ersten Paragraphen der Muster-Statuten deutscher Arbeiter, und ihr werdet sofort sehen, daß es sich hier nicht um das Mandat einer politischen oder sozialen Partei handelt, sondern um ein Werk der allgemeinen Wohlfahrt, welches über den Parteien steht!

Deutsche Arbeiter! Es gilt, diejenige Organisation, welche die englischen Gewerkschafter zu den bestgestellten und hochangesehensten Europas gemacht hat, auch in unserm teuren Vaterlande durchzuführen. Zeigen wir dieselbe Energie, dieselbe Mäßigkeit, denselben Gemein Sinn wie jene, und das große Werk wird gelingen zum Heile der Arbeiter, zum Wohle der ganzen Gesellschaft.

Berlin, Ende Oktober 1868.

Dieser Aufruf und die zugleich veröffentlichten Musterstammlisten hatten die Wirkung, daß Tausende von Arbeitern dem Aufruf folgten, sich nach und nach Ortsvereine bildeten, die sich dann in zentrale Berufsvereine vereinigten. Das war eine Tat, die um so höher zu bewerten ist, als dieselbe in einer Zeit geschah, als Spieldienste und die preukische Pöbelhaube eine bedeutende Rolle spielten.

99 Jahre sind seit dieser Zeit in das Land gegangen, die heutige Generation geht oft leichtfertigen Herzens über die Alltagsorgen hinweg. Zieht man einen Vergleich zwischen früher und heute, dann kommt man zu der Erkenntnis, daß auch der jüngeren Generation unendlich viel zu tun übrig bleibt. Wie die politische Phrasendrescherei eines Kaiser und Schweizer seinerzeit ihre Wirkungen nicht verfehlten, so gibt es heute noch große Kräfte, die den gegebenen Verhältnissen wenig Rechnung tragen. Betrachten wir uns den politischen Richtungsfrei innerhalb der freien Gewerkschaften, dann kann man von einer Bewegung innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung wenig reden.

Genau wie in früheren Jahren ist die Lage der Arbeiterkraft alles andere als gesichert. Arbeitslosigkeit und Unterernährung bedrohen ihr Leben, der Kampf um das Dasein nimmt teilweise härtere Formen an. Es gilt daher nach wie vor die Kräfte zu stärken, dieselben in Bereitschaft zu halten, ständig nach Mitteln und Wegen zu suchen, die geeignet sind, die Arbeiterkraft sittlich und kulturell zu heben.

Wachsende Steuer, dauernder Wohnungsmangel.

Mit ständig wachsender Besorgnis muß man das gewaltige Anziehen der Preise für die Lebensmittel und Bedarfsartikel beobachten und dies in einer Zeit, in der Arbeitslosigkeit unaußhaltbar in die Höhe klettert. Die amtlichen Ziffern geben nur eine teilweise Uebersicht über die Zahl der Unterstützungsempfänger aus der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge. Nicht eingerechnet ist die nicht unbeträchtliche Zahl der Ausgesteuerten und derjenigen, die die Wohlfahrtspflege in Anspruch nehmen. Besonders beachtenswert ist die Tatsache, daß die Steigerung der Arbeitslosenziffer so frühzeitig einsetzt.

Was nun das Anziehen der Preise für die notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel betrifft, so fehlen hierzu jegliche Unterlagen. Gemeinhin wird solche Preissteigerung mit einer Missernte begründet. Davon kann in diesem Jahre keine Rede sein. Die Vertreter großer Tageszeitungen haben den Versuch unternommen den Ursachen der Preissteigerung nachzuspüren. Sie haben in der Nacht den Markthallen einen Besuch abgestattet, man hat ihnen alle möglichen guten und schlechten Waren gezeigt, es ist über alles möglich geredet worden. Das Endergebnis der Besichtigung war, daß die Berichterstatter offen zugeben mußten, daß sie ebenso schlau herausgefunden, wie sie hineingegangen sind, ihnen ist es nicht möglich gewesen, das über die Preise lagernde Dunkel aufzuklären.

Diese Tatsache verdient festgehalten zu werden, weil sich daraus mit aller Deutlichkeit ergibt, daß dem Großhandel, sowie dem Klein- und Zwischenhandel durch ein bestimmtes System die Möglichkeit gegeben ist, sich auf Kosten der Konsumenten zu bereichern. Es ist müßig auf alle Einzelheiten näher einzugehen, offenbar mangelt es an einem geeigneten Kontrollsystem.

Hand-in-Hand mit der allgemeinen Preissteigerung treibt das Umwejen auf dem Baumarkt die üppigsten Blüten. Die breiten Massen des Volkes bezahlen prompt ihre Hauszinssteuer, aus deren Einnahmen betrags wohl Wohnungen für reiche Ausländer, Luxus- und Inflationsgewinnler gebaut werden, aber nicht für Arbeiter und Angestellte, die mit ihrem Lohn und Gehalt alles andere, nur nicht die hohen Mieten für eine Wohnung im Neubau aufbringen können. Wie Recht hat Dr. Croner in der „Sozialpolitischen Rundschau“ hervorgehoben, daß es nur darauf ankommt, genügend Wohnungen zu bauen, die nach Raum und Ausrichtung der Kulturbedürfnissen der Arbeiter und Angestellten entsprechen, die aber auch von ihnen bezahlt werden können. Hierin liegt der ganze Kern der Sache. Die Zustände auf dem Baumarkt sind einfach nicht mehr haltbar, die Wirtschaft über all hier ihren verheerenden Einfluß ausüben. Die Mieter der alten Wohnhäuser werden durch die sozialen Kopfsteuer der Hauszinssteuer schwer belastet. Wodurch ließe sich diese Belastung beseitigen? Die Erträge der Hauszinssteuer reiflos für den Bau von Neubauwohnungen verwendet werden würden. Es ist untraglich, daß man den größten Teil dieser Steuern zum Ausgleich der Finanzen verwendet. Die Spitzenverdiener können wiederholt auf diesen unhaltbaren Zustand hingewiesen, ohne daß bisher eine Besserung eingetreten ist. Die Wohnungsfrage

ist eine Kulturfrage, der die Behörden die größte Aufmerksamkeit schenken müßten. Die restlose Abführung der Hauszinssteuer auf den Baumarkt ist die erste Voraussetzung für die Gesundung des Wohnungsproblems. Diese Gelder können mit billigem Zinsfuß abgegeben werden, man kann dabei gleichzeitig eine gewisse Kontrolle über die Auswüchse des Kartellwesens ausüben.

Die Zeiten sind zu ernst, um die Augen gegen die unhaltbaren Zustände auf dem Baumarkt und der Steigerung der notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel zu verschließen, eine tiefe Erregung macht sich in den breiten Massen des Volkes bemerkbar. Arbeitgeberkreise weisen bei Lohnforderungen gerne auf die Folgen einer Preissteigerung hin. Zur Zeit sind Lohnbewegungen im allgemeinen als abgeschlossen zu betrachten, es ist deshalb um so interessanter, trotzdem starke Preissteigerungen feststellen zu können. Lohnzulagen haben also mit einer Preissteigerung nichts zu tun. Worauf aber mit allem Nachdruck hingewiesen werden muß, ist die Tatsache, daß falls es nicht gelingt, die Preiswelle einzudämmen, Veränderungen in der Wohnungsfrage herbeizuführen, Lohnforderungen die unausbleiblichen Folgen sind.

Bekanntmachung.

Tagesordnung

für den
zweihundwanzigsten ordentlichen Verbandstag der
Deutschen Gewerksvereine
am 30. September und folgenden Tagen in Berlin im
Verbandshaus, Greifswalder Straße 221-223.

A. Hauptversammlung.

Sonntag, den 30. 9. 1928, vormittags 9.30 Uhr.

I. Deijentliche Kundgebung.

1. Eröffnung durch den Zentralratsvorsitzenden A. Czieslik, M. d. R. M. R.
2. Ansprache des Verbandsvorsitzenden G. Hartmann, M. d. L.
3. Ansprachen der Ehrengäste.
4. Vortrag: „Das heutige Arbeitsrecht. — Wesen Ziele — Formen.“ Referent: Prof. Dr. jur. Luz Richter-Leipzig.

B. Geschäftliche Sitzung.

Nachmittags 4 Uhr.

1. Prüfung der Mandate.
2. Feststellung der endgültigen Tagesordnung.
3. Wahl des Büros.
4. Dringlichkeitsanträge.
5. Wahl von Kommissionen.

Montag, den 1. 10. und Dienstag, den 2. 10. 1928

Geschäftliche Sitzung.

1. Tätigkeitsbericht:
Referent: 2. Verbandsvorsitzender F. Neustedt-Berlin.
2. Bericht über Vertretung in der Arbeiterversicherung:
Referent: Verbandssekretär P. Glaubitz-Berlin.
3. a) Abschluß der Verbandsklasse:
Referent: Verbandssekretär P. Glaubitz-Berlin.
b) Revisionsbericht:
Referent: Verbandsrevisor P. Volkmann-Berlin.
4. Beratung der Anträge:
a) Verbandsagitation und Organisation:
Referent: Zentralratsvorsitzender A. Czieslik-Berlin.
b) Verbandsagitation:
Referent: 2. Verbandsvorsitzender F. Neustedt-Berlin.
- c) Verschiedene Anträge:
Referent: Zentralratsvorsitzender M. Schumacher-Berlin.
5. Genehmigung der Zentralratsbeschlüsse. Etwaige Beschwwerden.
6. Wahl der Verbandsbeamten und Revisoren.

Man kann es den Arbeitern und Angestellten nicht zumuten, daß die Lastenverteilung dauernd auf dem Rücken dieser Kreise ausge tragen werden, während sich gewisse Kreise immer mehr bereichern. Es ist wünschlich an der Zeit, daß den diesbezüglichen warnenden Stimmen mehr Beachtung geschenkt wird, ehe Zustände eintreten, die wenig geeignet sind, das Wirtschaftsleben vor Erschütterungen zu bewahren.

Die ostmärkischen Konditorengelhilfen schließen sich dem Gewerkschaftsring an.

Der Verband deutscher Konditorengelhilfen der Ostmark, Sitz Königsberg Pr., hat sich dem Gewerkschaftsring deutscher Bäcker, Konditoren und verwandter Berufe angeschlossen. Der angeschlossene Verband erfaßt die Konditoren der Ostmark beinahe restlos. Durch diesen Anschluß gehören nunmehr auch die ostmärkischen Konditoren dem Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände mit an.

Die sozialen Aufgaben der Kommunalpolitik

Von Gustav Böß, Oberbürgermeister von Berlin

Dieses interessante Thema behandelte der Verfasser zwei großen Kundgebungen während der EM-Bundesfeier in Breslau. Der Inhalt der Ausführungen wird in der deutschen Gemeindepolitik und in den deutschen Gemeindebeschlüssen eine beachtliche Rolle spielen. Aus diesem Grunde beschließen wir nachstehende Lesefolge daraus:

Zu allen Zeiten hat es wirtschaftliche und gesellschaftliche Unterschiede innerhalb der Menschheit gegeben. Der eine reich, der andere arm, der eine hoch, der andere niedrig geboren. Die Menschen in der gleichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage schließen sich zu Klassen zusammen. Weiter der Abstand zwischen den einzelnen Klassen ist, um schärfer wird die soziale Spannung. Aufgabe des Staat und der Allgemeinheit ist es, diese sozialen Gegensätze auszugleichen, die einzelnen Klassen zu versöhnen. Gelingt dies nicht, so kommt es zu gewaltigen Zusammenstößen, Ständekämpfen, zur Revolution. Sozialpolitik ist diejenige Tätigkeit des Staates, die dem Ausgleich und der Versöhnung der einzelnen Volksschichten dient.

Die Gemeinden stehen in der Front des persönlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Sie sind in erster Linie berufen, für den Frieden der einzelnen Volksschichten untereinander zu sorgen. Die Gemeindeverwaltung verpflügt jede soziale Spannung am unmittelbarsten. In den Großstädten mit dichter Besiedlung und industrieller Entwicklung sind die Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Industrie und Handwerk, Mann und Frau besonders stark. Die Gemeinde hat diese Gegensätze im Interesse der Allgemeinheit auszugleichen. Deswegen muß alle Kommunalpolitik sozial sein. Sie darf niemals dem Interesse des einzelnen dienen, sondern muß stets das Gemeinwohl fördern. Die von der Allgemeinheit aufgetragenen Mittel gebühren der Gesamtheit, nicht einzelnen Bevölkerungsklassen.

Die sozialen Arbeitsgebiete der Gemeinde sind mannigfaltiger Art. Eine in der Nachkriegszeit besonders wichtige geworden Aufgabe ist die Wohnungsfürsorge. Der Wohnungsbau ist infolge des allgemeinen Kapitalmangels und der Kreditnot der Privatwirtschaft immer mehr eine Gemeindeangelegenheit geworden. Die Gemeinden haben damit die Möglichkeit in die Hand bekommen, die Wohnungskultur der unteren Bevölkerungsschichten zu heben.

Der Schutz der Volksgesundheit erfordert energische Maßnahmen der Gemeinden. Gesundheitsfürsorge ist vor allem Sorge für die nächste Generation. Nicht nur Krankenhäuser sollten gebaut werden, sondern Bäder, Sport- und Spielplätze. Wenn das immer gemacht worden wäre, würden heute weniger Krankenbetten belegt sein. Die ärztliche Versorgung sollte so weit wie möglich ausgedehnt und auch auf die Berufsschulen erstreckt werden. Städtische Jugendheime, Wander- und Ferienherbergen sind unentbehrlich für die seelische, geistige und körperliche Erziehung der Jugend.

Die städtische Verkehrspolitik muß den Bedürfnissen der Arbeitnehmerschaft möglichst weitgehend Rechnung tragen. Der Arbeitnehmer darf nicht zu viel Zeit und Kraft durch lange Wege von und zu der Arbeitsstätte verlieren. Die Tarife müssen so niedrig gehalten werden, daß auch die schlechter bezahlten Arbeitnehmer außerhalb der Industrie- und Geschäftsviertel wohnen können.

Die Berufsschulpflicht muß für die männliche und weibliche Jugend in gleicher Weise durchgeführt werden. Die pflichtmäßige Unterrichtszeit der Berufsschulen ist zurzeit zu kurz. Zehn Wochenstunden, ausschließlich Turn- und Religionsunterricht, wären das richtige Maß. Die fachliche Gliederung der Berufsschule darf nicht so weit geführt werden, daß den Jugendlichen der Uebergang von einer Spezialtätigkeit innerhalb ihrer Berufsgruppe zur anderen erschwert wird. Wahlfreie Lehrgänge sollten den Berufsschülern und Erwachsenen Gelegenheit geben, ihre Fachkenntnisse freiwillig zu erweitern.

Die gemeindliche Wohlfahrtspflege muß planwirtschaftlich geübt werden. Ein organisatorisches und unbürokratisches Zusammenarbeiten der einzelnen Instanzen ist erforderlich. Jede Fürsorge muß individuell sein. Schematische Hilfe ist teuer und erreicht den Zweck nur unvollkommen. Zu fordern ist, daß der Gesetzgeber ins einzelne gehende, schematisierende Bestimmungen vermeidet und sich mit allgemeinen Vorschriften begnügt.

Ein Zusammenarbeiten der öffentlichen und freien Wohlfahrt ist notwendig. Unser verarmtes Deutschland kann die Hilfe privater Organisationen nicht entbehren. Gewiß wäre es ideal, wenn jeder Hilfsbedürftige von der Allgemeinheit ausreichend unterstützt werden könnte. Solange das nicht möglich ist, sollte die Mitarbeit privater Organisationen dankbar begrüßt werden. Die freie Wohlfahrt muß sich aber bemühen, daß bei jeder Fürsorge nicht der Helfende, sondern der dem Hilfe geleistet wird, in den Vordergrund zu treten ist.

Eine gute Sozialpolitik setzt eine gute Wirtschaftspolitik voraus. Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik gehören zusammen und ergänzen sich. Das eine ist nicht ohne das andere möglich. Die vielfach in Kreisen der Wirtschaft gehörte Behauptung, eine durch den Krieg geschwächte Wirtschaft könne nicht gleich hohe soziale Lasten tragen wie zuvor, ist falsch. Gerade die Not der Nachkriegszeit erfordert eine verstärkte Sozialpolitik. Der Wirtschaftler darf niemals vergessen, daß das beste Wirtschaftsgut nicht die Rohstoffe, Maschinen und Waren, sondern die Menschen sind. Wie sehr die Sozialfürsorge eine Ergänzungseinrichtung der Wirtschaft ist, hat die Zeit der Rationalisierung bewiesen. Die Wirtschaft hätte niemals den Abbau der Angestellten und Arbeiter durchführen können, wenn diese nicht von der öffentlichen Wohlfahrt in Empfang genommen worden wären. Deutschland ist wie kein anderes Land genötigt, Qualitätsarbeiter heranzuziehen. Qualitätsarbeit können nur körperlich und geistig gesunde Menschen leisten. Die Republik hat den Massen die politische Gleichberechtigung gebracht. Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Gleichstellung steht noch aus. Der Arbeitnehmer darf nicht wie ein Wirtschaftsuntertan behandelt werden. Der Arbeitgeber muß in ihm den Mitarbeiter sehen.

Wie der Wirtschaftspolitiker die Bedeutung der Sozialpolitik nicht unterschätzen sollte, darf auch der Sozialpolitiker die Regeln der Wirtschaftspolitik nicht außer acht lassen. Die beste Sozialpolitik ist unbrauchbar, bleibt eine gute Wirtschaftspolitik. Eine blühende Wirtschaft gibt der Bevölkerung Arbeit und Brot. Sie schafft die Geldmittel, ohne die eine Kultur nicht möglich ist.

Möge die Erkenntnis, daß Wirtschaft und Sozialfürsorge aufeinander angewiesen sind, in alle Schichten des Volkes bringen! Sie wird den großen, leider in Deutschland besonders scharfen Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer überbrücken helfen zum Besten des sozialen Friedens, zum Besten der Einheit der Nation, zum Besten des deutschen Vaterlandes.

Die GDA-Lagung in Breslau.

Erster Tag.

Der 4. Bundestag des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, der vom 16.—19. August in Breslau tagte, wurde am Donnerstagabend durch ein Begrüßungsabend der Ortsgruppe Breslau im reichgeschmückten großen Konzerthausaal eingeleitet. Die Beteiligung war so stark, daß mehrere Hundert Personen heimkehren mußten, da sie wegen Ueberfüllung keinen Zutritt mehr erhalten konnten.

Im Anschluß daran folgten Freitag vormittag die ersten Beratungen der Abgeordneten. Zahlreiche in- und ausländische verwandte Organisationen waren vertreten; an der Spitze Oberregierungsrat Donau für das Internationale Arbeitsamt in Genf ferner der internationale Bund neutraler Angestellter-Organisationen, der Allgemeinen Niederländisch-Verbond-Utrecht, der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, die Internationale Union angestellter Apotheker-Wien, der Bund deutscher Beamter-Prag, die Gewerkschaft der Angestellten Kattowitz und andere.

Einleitend begrüßte der Vorsitzende des Ausschusses Sommer die Erschienenen mit einem bekannten Schillerzitat und feierte den Bundestag als einen Familientag der deutschen Angestellten. Sein besonderer Gruß galt dem Vertreter des österreichischen Gewerkschaftsbundes Mittel-Wien. Die große Sängerkundgebung im Vormonat streifend, bezeichnete er auch diese Tagung als eine Kundgebung für den großdeutschen Gedanken. Ferner gedachte er der Vertreter aus den abgetretenen Gebieten Danzig, Saargebiet, Memelland, um dann mit besonderer Herzlichkeit folgende Vertreter der ersten Auslandsgruppen des GDA zu begrüßen: Böhme aus New York, Götsche aus Guatemala, Moers-Dolci-Mailand, Erich Sannemann-Brüssel.

Sehr wertvolle Ausführungen machte Oberregierungsrat Donau als Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes, der zunächst die vielfachen guten Beziehungen, die sich im Laufe der letzten Jahre zwischen dem Gewerkschaftsbund der Angestellten und dem Internationalen Arbeitsamt entwickelt haben, pries. Erfreulich wäre es, daß auch in Deutschland in den letzten Jahren die Rationalisierung der durch die Internationalen Arbeitskonferenzen beschlossenen Uebereinkommen gewisse Fortschritte gezeichnet hätten. Allerdings müsse festgestellt werden, daß von 25 Uebereinkommen von Deutschland bisher erst 9 ratifiziert wurden. Inzwischen hat allerdings das Reichskabinett dem Reichstag die Ratifizierung von drei weiteren Uebereinkommen vorgeschlagen. Den Forderungen der Angestellten wird dadurch mehr Rechnung getragen werden, daß beim Internationalen Arbeitsamt schon in nächster Zeit eine besondere Abteilung für Angestelltenfragen errichtet wird.

Mittel-Wien feierte den großdeutschen Gedanken und sprach die Hoffnung aus, daß bald der Tag kommen möge, an dem die österreichischen Angestellten nach Beseitigung der Grenzpfähle sich dem Gau Ostmark des Gewerkschaftsbundes der Angestellten anschließen könnten.

Reichstagsabgeordneter Schneider als Bundesvorsteher des GDA behandelte dann das erste Referat „Die staatspolitische Arbeit des GDA.“ Ausgehend von der augenblicklichen Wirtschaftslage stellte er fest, daß es den Arbeitnehmern nur dann gut gehen könne, wenn daselbe für die Betriebe, in denen sie tätig sind, zutrifft. Festzustellen sei, daß von 827 notierenden deutschen Metallgewerkschaften im vergangenen Jahre immerhin eine durchschnittliche Dividende von 7,15 Prozent gleich 764 Millionen Reichsmark ausschütten könnten. Die günstigen Wirkungen der Rationalisierung wie sie sich in den Gewinnen und Dividenden-Ausschüttungen zeigen, sind leider nicht bis zu den Arbeitnehmern gedrungen, das beweise ein Blick auf den Stand der Löhne und Gehälter gegenüber der Vorkriegszeit. Jede Lohnpolitik müsse das Ziel haben, die wirtschaftliche und soziale Lage der breiten Volksschichten zu heben, um damit die Ausdehnung der Prosperität unserer Wirtschaft durch Stärkung der Kaufkraft und des inneren Marktes zu sichern. Notwendig sei, daß die Arbeitgeber die Publizitätsfrage mehr erkennen und ihre Geheimnisträmerie aufgeben. Die von den Aktiengesellschaften gemachten Bilanzen dürfen nicht, wie es heute der Fall sei, der Wahrheit und Klarheit entbehren. Auf die Kartellbildungen eingehend, zeigte sich der Redner nicht als ausgesprochener Gegner dieser Zusammenschlüsse. Notwendig fand er dagegen eine durchgreifende Verwaltungsreform sowie eine Umwälzung unseres Steuerwesens. Es dürfe nicht eingegeben, daß die breiten Massen etwa 70 und die Besitzenden nur etwa 30 Prozent des Gesamtsteuereinkommens aufbringen. Im gleichen Sinne wäre eine Veränderung der Zollpolitik zu erstreben, die fast ausschließlich die Arbeitnehmer und die Mittelschichten des B. des belastet. Allerdings dürfe nicht verkannt werden, daß einer grundlegenden sozialen Gestaltung des Steuerwesens der Vorschritt im Wege, allerdings haben die Sachverständigen die Hoffnung ausgesprochen, daß die Lasten nach der undringt zu er-

wartenden Revision vom deutschen Volke leichter getragen werden können. Im Zusammenhang mit der Verschuldungspflicht, für die der Redner die Aufhebung jeder Gehaltsgrenze forderte, behandelte er die schwierige Lage der älteren Angestellten, für die bisher leider noch keine Klärung im positiven Sinne erfolgt wäre. Er schloß seine Ausführungen mit der Forderung, wieder zum deutschen Idealismus zurückzukehren.

Der stellv. Vorsteher des GDA, Otto Debalb, sprach über interne Organisationsaufgaben des GDA, über Erweiterung und Ausbau durch besondere Maßnahmen.

Als dritter Redner behandelte Bundesvorstandsmitglied Thal die Entwicklung des Bundes. Er konnte darauf hinweisen, daß die Leistungen des Bundes und der Krankenkasse sich auf rund 93 Millionen Mark belaufen. Stellen wurden in den Jahren 1924—27 rund 56 000 vermittelt. Die Altershilfe weist eine Jahresleistung von 1/4 Millionen Mark auf. Die „Heimat W.“ hat für 1928 2 000 Wohnungen im Bau. Außerdem ist der GDA in starkem Maße an der Gage beteiligt. Die Lebensversicherung des Bundes kann eine Versicherungssumme von rund 38 Millionen Mark verbuchen. Verlag und Druderei sind in guter Entwicklung. — Nach internen Angelegenheiten, die den Nachmittag ausfüllten, wurden die Abgeordneten Freitagabend durch den Magistrat Breslau empfangen.

Stellung und Bedeutung des Handels in der deutschen Volkswirtschaft.

IV.

Großbetrieb und Großunternehmung im Einzelhandel sowie die Zusammenfassungsbewegung der mittleren und kleineren Betriebe.

Die Rationalisierungsbestrebungen in Industrie und Handwerk sind nicht ohne Nachahmung in den Handelsbetrieben geblieben. War bei der Industrie das Geheimnis der Kostensenkung die gesteigerte Mechanisierung der Herstellung, so konnte die Maschine in den Handelsbetrieben in irgendwie beachtlichem Umfange nicht zu einer Kostensenkung herangezogen werden. Die Maschine kann wohl die Herstellung und den Transport der Waren übernehmen, sie kann die Waren aber nicht verkaufen. So begann die Tendenz zur Kostensenkung überall mit dem Willen, die Zwischengewinne auszusparen und die Kosten in den einzelnen Betrieben durch Arbeitssteigerung einerseits und Zusammenfassung andererseits herabzusetzen. Dieser Weg ist weitaus am klarsten beim Absatz an den letzten, im Einzelhandel, erkennbar: hier vor allem beginnt der Versuch, durch zweckmäßige Neuorganisation die Kosten zu senken.

Es lassen sich deutlich folgende Entwicklungstendenzen auf dem Wege zur Handelsrationalisierung feststellen:

1. die Entstehung des Großbetriebs, des Betriebes im Großen an einer Stelle; seine wichtigsten Erscheinungsformen sind Warenhaus und Großverhandelsgeschäft. Bedeutender noch ist
2. die Entstehung der Großunternehmung, d. h. die Zusammenfassung vieler kleiner Betriebe in einer Hand. Diese hat sich in verschiedenen Formen angebahnt oder bereits vollzogen, die wichtigsten sind:
 - die genossenschaftliche Großunternehmung, der Konsumverein,
 - der private Massenfilialbetrieb,
 - die Werkskonsumanstalten der Unternehmer für die Versorgung ihrer Arbeiter,
 - die Trustverkaufssysteme mit ihren, vor allem der Marktherrschaft dienenden Methoden, der „Schleuderläden“, und endlich
 - die staatlichen Unternehmungen im Handel, entweder aus fiskalischen Gründen — Läden der Tabakregion — oder aus Gründen der Massenversorgung, wie die Milchverorgungsanstalten einiger Städte, oder aus sozial-revolutionären Gründen, wie es die Absatzorganisation der Sowjets darstellt.

An weiteren Tendenzen, die geeignet sind, die Kosten zu senken, sind zu nennen:

Die Wandlung der Geschäftsmethoden mit dem Ziel der Absatzsteigerung: der Wille zum „Service“, zum Dienste am Kunden, ist auch in Deutschland fast wieder Allgemein-gut des Einzelhandels geworden. Es ist nicht zu verkennen, daß auch auf diesem Wege der angestrebten Wirkung, erhöhten Umsatz zu erzielen, näherzukommen ist. In Amerika hat man aus dem Gedanken des „Service“ heraus auch die Konsumfinanzierung entwickelt, die in Deutschland in größerem Maße vorerst nicht verwirklicht werden kann.

Die Bedeutung der oben aufgeführten neuen Formen und ihre Schlagkraft kann man etwa so umreißen:

Die Bedeutung der Warenhäuser wird meist überschätzt: ihr Anteil an dem Gesamtumsatz des deutschen Einzelhandels dürfte 5 Prozent nicht wesentlich übersteigen; fast ebenso hoch ist auch ihr Anteil an der Gesamtzahl der im Einzelhandel beschäftigten Personen. Das Warenhaus verdankt seine Entstehung dem Wunsche der Raumaussnutzung. Die Warenhäuser liegen meist in bester

Geschäftslage und haben hohe Raumkosten; um diese auszunutzen, müssen sie versuchen, sich von Saisonschwankungen möglichst unabhängig zu machen. Sie suchen das durch die Reichhaltigkeit der angebotenen Warenarten zu erzielen. Darüber hinaus haben die Warenhäuser aber auf anderem Gebiet einen wichtigen Vorsprung: den der Auslese des Tüchtigsten für die mehr leitende Arbeit. Das in Warenhäusern angewandte System, die Mindestumsatzhöhe vorzuschreiben und den tatsächlich erzielten Umsatz genau zu ermitteln, führt dazu, in verhältnismäßig kurzer Zeit festzustellen, wer ungeeignet ist. Das ist ein volkswirtschaftlich beachtlicher Vorzug gegenüber mancher andern Betriebsform. Beim isolierten Einzelbetriebe wird der unfähige Eigentümer in den seltensten Fällen die Schuld des Nichtvorankommens bei sich selbst suchen, er wird vielmehr erst sein eigenes Kapital vermarkten, hernach das Kapital seiner Lieferanten und schließlich auch noch das Kapital seiner Bekannten und Verwandten. Im Warenhause zeigt die Statistik nach kurzer Zeit, daß ein unfähiger Leiter der Abteilung vorsteht, und so wird es nicht, wie im Einzelgeschäft, zu langjährigen volkswirtschaftlichen Minderleistungen kommen, sondern der Unfähige wird verhältnismäßig bald durch einen Fähigeren ersetzt werden. Diesen Vorzügen der Warenhausorganisation stehen freilich recht bedeutende Nachteile gegenüber. Der Kontrollapparat verursacht Sonderkosten, das ausgesuchte Personal beansprucht ein verhältnismäßig hohes Gehalt; darüber hinaus müssen weitere Gewinne für die oberste Leitung und die Kapitalgestellung erzielt werden, so daß der aufzubringende Gesamtnutzen in der Regel über dem im Einzelgeschäft aufzubringenden liegt. Das wird in der Regel nur dann möglich sein, wenn das Warenhaus durch Großeinkauf günstiger einkaufen kann, als ein Einzelgeschäft. So ist der günstigere Einkauf das ausschlaggebende Moment für den Vorsprung der Warenhäuser vor Einzelgeschäften. Wie allgemein die Warenhäuser das erkannt haben, läßt sich aus der in der letzten Zeit gesteigerten Konzentrationsbewegung schließen. Damit wird aber eine wirksame Kombination von Großbetrieb und Großunternehmen herbeigeführt.

Die Entstehung des Großunternehmens ist, wie bereits erwähnt, für die Kostenherabsetzung weit wirksamer als die Entstehung des Großbetriebs. Der große Vorteil des Großunternehmens in Handelsbetrieben ist zunächst die Möglichkeit des günstigeren Einkaufs. Es treten aber gewichtige andere Kostenersparnisse hinzu. Die regelmäßige Versorgung einer ganzen Anzahl von Läden ermöglicht die Niedrighaltung des Lagerbestandes. Hinzu kommt die Möglichkeit, die Personalkosten herabzudrücken: sind in einem Einzelgeschäft alle Mitglieder der Familie des Inhabers von dem Ertrag des Geschäftes zu ernähren, so braucht das Massenfilialgeschäft nur das Gehalt für eine Einzelperson, vielfach eine junge weibliche Arbeitskraft, aufzubringen. Ein Hauptvorteil des Massenfilialsystems ist aber unzweifelhaft der, daß die Erfahrungen in den vielen Filialbetrieben für alle Läden nutzbar gemacht werden können. Endlich ist auch die Reklamewirkung des stets gleichen Namens als ein Vorteil dieses Systems anzuspochen.

Das Massenfilialsystem ist nicht die Erfindung der kapitalistischen Wirtschaft: dieses System ist vielmehr die Organisationsleistung der anonymen Massen, hervorgegangen aus einer Rotation von 28 armen Webern im englischen Städtchen Rochdale, Ende 1844. Die erste Form des Massenfilialsystems sind die Konsumvereine, die zuerst vor allem in England Bedeutung als Handelsorganisation erlangt haben. Die Konsumvereine haben auch in Deutschland eine große Werbekraft entfaltet. Diese nicht auf privatwirtschaftlichen Gewinn abgestellte Handelsform hat in ihrer Natur als Genossenschaft mancherlei Vorzüge, auch einige Hemmungen. Ihr Vordringen hat die privaten Kleinbetriebe vielfach veranlaßt, sich auch zu Genossenschaften im Einkauf zusammenzuschließen; die bekannteste ist die „Beta“ (Einkaufsvereinigung deutscher Kolonialwarenhändler) mit 30 000 Mitgliedern und 75 Millionen Umsatz im Jahre 1926.

Die privaten Massenfilialbetriebe sind neben den Konsumvereinen in Europa zweifellos die stärkste Form der Rationalisierungsbestrebungen in Handelsbetrieben. In Deutschland haben wir eine ganze Anzahl derartiger Betriebe, von denen die bedeutendsten im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts entstanden sind. In England hat sich diese Form erheblich weiter ausgedehnt als in Deutschland; dort gibt es etwa 6—8 Massenfilialbetriebe, die etwa 10 000 Läden versorgen. In beiden Ländern werden vorzugsweise Lebensmittel in diesen Geschäften vertrieben, in England u. a. Gefrierfleisch in etwa 2600 Läden, Fische in etwa 1000 Läden, aber auch Schuhwaren. Auch in Frankreich und Belgien kennt man diese Art des Warenvertriebs: hier sind es hauptsächlich Kolonialwaren, die den Gegenstand des Geschäftes bilden. In weitaus größerem Umfang als in Europa sind aber die Massenfilialbetriebe in den Vereinigten Staaten von Amerika entwickelt.

Die Werkskonsumanstalten sind den Konsumvereinen verwandt. Sie sind von den Arbeitgebern eingerichtet und haben den Zweck, durch Verbilligung des Warenbezugs die Kaufkraft der Löhne der eigenen Arbeiter zu steigern. Die Umsätze der Werkskonsumanstalten in Deutschland dürften 1926 etwa 100 Millionen Reichsmark nicht wesentlich übersteigen haben.

Auf die Trustverkaufssysteme und die staatlichen Handelsunternehmungen näher einzugehen, erübrigt sich in diesem Rahmen, weil sie außerordentlich, in Deutschland bisher unwesentliche Erscheinungen darstellen.

Zu erwähnen ist endlich noch eine weitere Form der Warenverteilung im Einzelhandel, die auf die älteste Handelsform überhaupt zurückgreift: der Straßen- und Hausierhandel. Hier ist die Vermehrung seit 1907 dreimal so stark gewesen wie im Einzelhandel: 1907 gab es 41 557 Betriebe mit insgesamt 48 396 Beschäftigten, 1925 dagegen 95 296 Betriebe mit 114 462 Beschäftigten. Teilweise handelt es sich hier um eine Wiederverteilung. Die lange Arbeitslosigkeit nach dem Weltkriege trieb und treibt noch allzu viele dazu, mit kleinstem Handel einen meikens höchst unsicheren — Erwerb zu suchen. Zum andern Teile ist auch der Beginn wirtschaftlicher Neubildungen darin zu sehen. Das „Detailreißgeschäft“ scheint nach den Erfahrungen in den Vereinigten Staaten mit wachsendem Wert der weiblichen Arbeitskraft, wegen Ersparnis an Einkaufszeit, vielfach erwünscht zu sein. Das „Verlaufs-Auto“ gewinnt in U.S.A., Frankreich, neuerdings auch in der Schweiz, da an Bedeutung, wo die Kosten des händigen Ladens zu groß sind.

Germann Scheffler 25 Jahre

erster Vorsitzender des Gewerkschaftsvereins deutscher Bäcker, Konditoren und verwandter Berufe (H.-D.) reist sich ein in die Rille der Jubilare. Jung und mit seltener Energie ausgestattet, übernahm dieser wackere Kämpfer am 1. September 1903 die Führung. Alle Anfeindungen und Mißerfolge schreckten ihn nicht zurück, stets an den Delegiertentagen aufs neue wieder das Ruder in die Hand zu nehmen. Selbst die Angriffe der freien Gewerkschaften in neuer Zeit haben nicht vermocht seine Willenskraft zu lähmen. Wir beglückwünschen ihn zu seiner segensreichen Tätigkeit. Möge unserm Brüdergewerkschaft noch lange diese Kraft erhalten bleiben.

Obermeister Wilhelm Wolfstrom †.

Der Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes hat einen überaus schweren Verlust erlitten. Am 25. August verschied nach kurzer aber schwerer Krankheit im fast vollendeten 67. Lebensjahre, allen unerwartet, der langjährige Obermeister der Hamburger Tischler-Zunft und zweiter Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes Herr

Wilhelm Wolfstrom.

Im Holzgewerbe stand der Verstorbene überall in führender Stellung. Sein offenes, biederes ehrliches Wesen erweckte überall Vertrauen. Es war kein Redner im gewöhnlichen Sinne, seine Ausführungen wurden stets umso mehr beachtet, da sie stets den Stempel der Aufrichtigkeit und Ueberzeugung trugen. Seine biedere ostpreussische Art trug ihm auch die Sympathie der Arbeitnehmer ein. Bei den Lohn- und Tarifvertragsverhandlungen, im Tarifamt, war er der Vermittler, das ausgleichende Element. Er war aber auch der gegebene Führer, der sich nicht scheute, seinen Kollegen das zu sagen, was er für falsch oder für richtig hielt. Gerade durch sein offenes ehrliches Auftreten wurde er in Arbeitnehmerkreisen hoch geschätzt.

Durch den Tod dieses Führers ist im Vorstand des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes eine Lücke entstanden, die schwer auszufüllen sein dürfte. Es muß offen ausgesprochen werden, es gibt nicht viele Männer von solch eisernem Schaffensgeist, dem festen Willen und Umgangformen, wie es der Verstorbene gewesen ist. Auch wir sind von dessen Ableben schmerzlich berührt und werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

Kampf der Herrenkonfektionschneider.

Die Branche der Konfektionschneider wird von jeher als die mit am schlechtesten bezahlte bezeichnet. Viele Kämpfe sind dieserhalb wiederholt geführt worden. Es ist daher nur verständlich, daß infolge der ständig wachsenden Forderungswelle auch diese Kollegen Forderungen stellen. Es hätte vielleicht auch hier zu einer gewissen Verständigung gekommen, wenn nicht ein gewisser Syndikat dieselbe vereitelt hätte. Dieser Angestellte des Arbeitgeberverbandes glaubte sich durch besonderes Scharfmachtentum hervortun zu müssen. Er vom Reichsarbeitsministerium gefällter Schiedsspruch sah eine stufenweise Lohnhöhung von 11 Prozent vor. Dieser Schiedsspruch wurde jedoch vom Arbeitgeberverband abgelehnt. Die beantragte Rechtsverbindlichkeitserklärung wurde wider Erwarten vom Reichsarbeitsministerium abgelehnt. So war der Kampf unvermeidlich, der sich zunächst nur auf einzelne Betriebe und Orte beschränkte. Der Arbeitgeberverband hat darauf mit Aussperrung geantwortet, jedoch nach Angaben zirca 25 000 Konfektionschneider im Kampfe stehen.

Vorträge im Deutschen Arbeitsklub-Museum.

Das deutsche Arbeitsklub-Museum beabsichtigt die Wiederannahme der Winterabendvorträge im Hörsaal des Museums. Es sind 12 Vorträge in Aussicht genommen, als Vortragende sind Vertreter der Gewerkschaft, der

Berufsgenossenschaften, der Gewerkschaften und der Arbeitsgemeinschaft deutscher Betriebsingenieure gewonnen. In dem Programm sind bis jetzt Vorträge über folgende Gegenstände vorgesehen: Ziele und Tätigkeit der Arbeitsschutzmuseen, Staubbekämpfung, Gesundheitschutz des gewerblichen Arbeiters, Unfallverhütung in elektrischen Anlagen, Arbeitsschutz bei der Holzbearbeitung, Unfallgefahren im Bergbau, Aufbau eines Sicherheitsdienstes in Groß- und Mittelbetrieben, Erfolge der Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf dem Gebiete der Unfallverhütung. Die gesellschaftliche Verantwortlichkeit des Betriebsleiters. An jeden, etwa halbstündigen Vortrag soll sich möglichst eine Filmvorführung und daran ein Rundgang durch das Museum anschließen, sodas jede Abendveranstaltung etwa 2 Stunden in Anspruch nimmt.

Ein genaues Programm wird rechtzeitig bekannt gegeben. Zur Deckung der dem Museum entstehenden Ausgaben und für Garderobe soll von jedem Teilnehmer ein Betrag von 20 Pfg. den Abend erhoben werden.

Aus den Ortsvereinen.

Duisburg. 60 jährige Jubelfeier des Verbandes der deutschen Gewerksvereine H.-D.

Am 29. und 30. September d. Js. feiern die Ortsvereine des Duisburger Bezirks in den Räumen des Schützenhauses und auf der Schützenwiese am Duisburger Stadion das 60 jährige Bestehen des Verbandes der deutschen Gewerksvereine H.-D. Den Ortsvereinen ist bereits durch Rundschreiben hiervon Kenntnis gegeben und wurden sie gleichzeitig ersucht, sämtliche Kollegen rechtzeitig zu informieren. Von Einzelfeiern der Ortsvereine muß Abstand genommen werden und wollen wir die Jubelfeier des Verbandes der deutschen Gewerksvereine H.-D. durch eine große, einheitliche Kundgebung im Mittelpunkt des Bezirks würdevoll und eindrucksvoll begehen.

Kollegen, Alt und und Jung muß an diesen Tagen auf den Weinen sein. Man kann einen Blick in die Zukunft der Arbeiterbewegung nur tun, wenn man rückblickend den Weg betrachtet, den die deutschen Gewerksvereine seit der Gründung 1868 gegangen sind. Nicht Klassenkampf war unser Ziel, sondern Selbsthilfe ergänzt durch Staatshilfe. Wir wollen durch unsere Kundgebung der Öffentlichkeit zeigen, was für Vorarbeiten für die heutige Gewerkschaftsbewegung von der ältesten Organisation, dem Verbande der deutschen Gewerksvereine H.-D. geleistet wurden. Dornenvoll und steinig war der Weg und ist die ungeheure Arbeit der damaligen Führer nicht umsonst gewesen. Hat man uns auch jahrelang als Harmonieapostel bezeichnet, so können wir heute feststellen, daß der Weg, den uns unser Gründer und langjähriger Führer Dr. Max Hirsch gezeigt hat, Gemeingut aller Gewerkschaftsrichtungen geworden ist.

Daher nochmals unser Appell an die Kollegen, erscheint alle an diesen Tagen auf der Schützenwiese am Duisburger Stadion, damit wir uns in späterer Zeit noch oft und gerne dieses Festes erinnern, umso mehr, als unser 50 jähriges Jubiläum in die Kriegszeit fiel.

Köln. Der Ortsverband der Deutschen Gewerksvereine (H.-D.) Köln und Umg. begeht die Feier des 60 jährigen Bestehens des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine am Samstag, den 22. September, abends 7,30 Uhr im großen Saale der Lesegesellschaft, Köln, Langgasse 6 bestehend in künstlerischen, gesanglichen und turnerischen Darbietungen. Mitwirkende: Fräulein Johanna Voh (Sopran), die Herren Christian Dingarten (Tenor), Hans Weißkirchen (Geige), Hans Otto Schmidt (Klavier) sowie der Turngemeinde Mühlheim a. Rh., des Quartett-Vereins Köln-Deutz (Chorleiter: Herr Musikdirektor Willi Wolfgang) und der Orchester-Vereinigung 1924 Köln-Deutz unter Leitung des Herrn Musikdirektors Ph. Lenz.

Vorstand und Festausschuß haben keine Mühe und Arbeit gescheut um die Jubelfeier zu einer glanzvollen und würdigen Feier zu gestalten. Die Gewerksvereinskollegen werden dringend gebeten mit ihren Familienangehörigen, Freunden und Bekannten restlos an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Es gilt in breiter Öffentlichkeit ein Treuebekenntnis für die Ideen und Ideale der freiheitlich-nationalen Arbeiterbewegung abzugeben. Kollegen! sorgt für Massenbesuch.

Das 60 jährige Bestehen der Deutschen Gewerksvereine

wird in allen Ortsvereinen und Ortsverbänden gebührend gefeiert. Ueberall wird die Erinnerung nach gerufen an Männer, die mit Mut und Entschlossenheit für die Rechte der Arbeiter eingetreten sind. Damit jeder Kollege in der Lage ist, die früheren Vorgänge in der Arbeiterbewegung zu studieren, bietet sich in der vom Kollegen Varnholt feinerzeit herausgegebenen Broschüre,

Die Deutschen Gewerksvereine im Strome des Lebens

ein wertvolles Nachschlagebuch. Von diesen Broschüren ist noch eine Anzahl vorrätig und sind wir bereit dieselben zum Preise von 10 Pfg. pro Stück abzugeben. Die Vorstände werden ersucht, Propaganda für dieses Werk zu entfalten.

Bestellungen sind an das Büro Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221—223 zu richten.

Organisations-Handbuch des Gewerkschaftsringes.

Unter diesem Titel hat der Vorstand des Gewerkschaftsringes eine Broschüre herausgegeben, welche in seinem Inhalt eine leicht überschlägliche Zusammenfassung der dem Gewerkschaftsring angeschlossenen Organisationen bringt. Der ganze Organisationsaufbau ist so klar ausgezeichnet, daß dies Buch als ein begrüßenswerter Führer für alle führenden Kollegen in der Ringorganisation anzusehen ist. Für die Ortsverbände, für die Ortsvereinsvorstände sowie für alle Kollegen ist das Buch ein unentbehrlicher Ratgeber. Der Preis der Broschüre beträgt einschließlich Porto 60 Pfg. und ist gegen vorhergehende Einzahlung dieses Betrages vom Vorstand des Gewerkschaftsringes Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221—223 zu beziehen.

Wir empfehlen allen Ortsvereinsvorständen, Vertrauensleuten und Mitgliedern dringend die Anschaffung dieses Wertes. Ebenso dringend weisen wir auf den Bezug der „Wirtschaftlichen Selbstverwaltung“ hin. Der geringe Bezugspreis macht es jedem Ortsverein möglich, das Organ zu halten.

Groß-Berlin.

Am Sonnabend, den 22. September 1928 findet im Saalbau Friedrichshagen eine Gründungsfeier statt aus Anlaß des

60 jährigen Bestehens der Deutschen Gewerksvereine.

Programm:

Konzert — Festakt — Festball

Eintrittskarten sind zu erhalten bei allen Ortsvereins- und Unterkassierern.

Saalsöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Wir bitten alle Mitglieder, an diesem Feste teilzunehmen, sowie für den Besuch des Festes zu werben, und Freunde, Bekannte und Verwandte mitzubringen.

Der Festausschuß der Sozialen Kommission der Deutschen Gewerksvereine.

Unsern treuen und langjährigen Kollegen **Karl Pillelamp nebst Gemahlin** zu ihrer am 8. September 1928 stattfindenden **Silber-Hochzeit** die herzlichsten Glück- und Segenswünsche. Die Kollegen des Ortsvereins Duisburg Der Vorstand.

Am 25. August 1928 starb unser bewährter Kollege

Wilhelm Merks

im frühen Alter von 45 Jahren.

Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Der Vorstand des Ortsvereins Duisburg.



Einheitliche Vereinsabzeichen!

Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die Vereinsnadel kostet das Stück 50 Pfg. In derselben Aufmachung sind wieder, wie vor dem Kriege, Manschettenknöpfe angefertigt zum Preise von 1,20 M. das Paar. Auch diese sind wie die Vereinsnadel vom Hauptbüro durch die Ortsvereine zu beziehen.